



Haushalts- und Finanzausschuss

77. Sitzung (nicht öffentlich)

23. September 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 13.30 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Nachtragshaushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1999 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/3972 und 12/4270

Vorlagen 12/2863, 12/2864, 12/2866, 12/2868, 12/2869 (Ergebnisvermerke der Berichterstattergespräche)

Vorlagen 12/2862, 12/2870, 12/2873 bis 12/2878, 12/2880 bis 12/2888 (Vorlagen der Fachausschüsse)

Vorlage 12/2824

Vorlagen 12/2925, 12/2926 (Änderungsanträge der Fraktionen)

Schlußberatung und Abstimmung zur 2. Lesung

1

Der Ausschuss berät über die **Änderungsanträge** und entscheidet darüber.

Der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses - Drucksache 12/4330 - mit den beigehefteten Berichten der Fachausschüsse enthält sämtliche zur 2. Lesung gefassten Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses, den Wortlaut der gestellten Anträge mit der jeweiligen Begründung, die Abstimmungsergebnisse sowie zum Teil die in der Sitzung abgegebenen Stellungnahmen. In diesem Protokoll ist nur eine Diskussion wiedergegeben, die über die Darlegung in der genannten Drucksache hinausgeht.

In der **Schlussabstimmung** wird der **Gesetzentwurf** - Drucksachen 12/3972 und 12/4270 - unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse der Fachausschüsse und der zuvor vom Haushalts- und Finanzausschuss beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU zur zweiten Lesung **angenommen**.

Berichterstatter: Volkmar Klein (CDU)

2 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 4. Quartal des Haushaltsjahres 1998 und genehmigte Überschreitungen mit Beträgen unter 50.000 DM im gesamten Haushaltsjahr 1998

Antrag des Finanzministeriums
Vorlage 12/2845

4

Nach Aussprache über verschiedene Positionen der Vorlage **empfiehlt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU, die mit Vorlage 12/2845 beantragte **Genehmigung zu erteilen**.

Berichterstatter: Erwin Siekmann (SPD)

3 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 1. Quartal des Haushaltsjahres 1999

Antrag des Finanzministeriums
Vorlage 12/2846

Der Ausschuss **empfiehlt** ohne Aussprache mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU, die mit Vorlage 12/2846 beantragte **Genehmigung zu erteilen.**

Berichterstatter: Rüdiger Sagel (GRÜNE)

4 Subventionen des Landes Nordrhein-Westfalen für ein Unternehmen der Kreditwirtschaft in Duisburg?

Bericht der Landesregierung

7

Der Ausschuss nimmt einen kurzen Bericht von Staatssekretär Bickenbach (MWM-TV) entgegen.

In der anschließenden Aussprache wird in Aussicht genommen, gemeinsam mit anderen, betroffenen Ausschüssen über die Grundsatzfrage zu diskutieren.

8

5 Instrumente zur Unternehmensfortführung bei Insolvenzgefahr aktivieren, um Arbeitsplätze zu erhalten

Antrag der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 12/4252

11

Der Ausschuss **empfiehlt** ohne Diskussion dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN bei einigen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen aus der Fraktion der CDU, dem **Antrag zuzustimmen.**

6 Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 12/4224

12

Da voraussichtlich bis zum 25.11.1999 ein Erfahrungsbericht der Landesregierung über das neue Landesreisekostengesetz vorgelegt werden soll, stellt der Ausschuss seine Beratung bis dahin zurück.

7 Gesetz zur Änderung des Sportwettengesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/4076

12

Der Haushalts- und Finanzausschuss vereinbart, seine Beratung im Hinblick auf die vorgesehene Anhörung zurückzustellen. Er äußert einvernehmlich den Wunsch, an dieser Anhörung beteiligt zu werden, und legt zugleich Wert darauf, dass das Gesetz so schnell wie möglich verabschiedet wird.

8 Gemeinschaftsaufgabe nach Art. 91 a GG;

hier: Anmeldungen zum 29. Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsgesetz

Vorlage 12/2730

13

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag ohne Diskussion einstimmig, die Vorlage zur **Kenntnis zu nehmen**, ohne Empfehlungen gegenüber der Landesregierung auszusprechen.

Berichterstatterin: Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU)

9 Einrichtung einer Leerstelle im Einzelplan 11

Vorlage 12/2821

14

Nach kurzer Aussprache **erteilt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU seine **Einwilligung** in die Einrichtung der beantragten Leerstelle.

10 Verschiedenes

a) Presseberichte über Durchsuchungen bei der WestLB

15

Finanzminister Heinz Schleußer nimmt Stellung. Aus der CDU-Fraktion wird um ergänzende Berichterstattung in der nächsten Sitzung gebeten.

b) Rundfunkbericht über Schmiergeldzahlungen bei Waffengeschäften

16

Der Finanzminister beantwortet eine Frage der Abgeordneten Elke Talhorst (SPD).

6 Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 12/4224

Vorsitzender Volkmar Klein trägt vor, das Plenum habe diesen Gesetzentwurf am 1. September an den Haushalts- und Finanzausschuss - federführend - überwiesen.

Das Finanzministerium habe ihm inzwischen mitgeteilt, dass der Erfahrungsbericht über das neue Landesreisekostenrecht voraussichtlich zur HFA-Sitzung am 25. November vorgelegt werden könne. Es empfehle sich deshalb vielleicht, die Beratung des Antrags bis dahin zurückzustellen.

Peter Bensmann (CDU) stimmt für seine Fraktion dem Vorschlag zu. Er informiert den Ausschuss darüber, dass der Unterausschuss "Personal" beschlossen habe, die Berufsverbände zu bitten, bei der diesjährigen Anhörung zum Personalhaushalt auch zum Landesreisekostengesetz Stellung zu nehmen.

Erwin Siekmann (SPD) betont, eine sachgerechte Entscheidung sei erst nach Vorliegen des Berichts möglich. Die SPD-Fraktion unterstütze daher den Vorschlag des Vorsitzenden und hoffe, dass es am 25. November zu einer sachgerechten Diskussion komme.

7 Gesetz zur Änderung des Sportwettengesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/4076

Dieser Gesetzentwurf ist nach den Worten des **Vorsitzenden Volkmar Klein** am 1. September 1999 an den Ausschuss für Innere Verwaltung - federführend - sowie zur Mitberatung an den Sportausschuss und den HFA überwiesen worden.

Unter Umständen empfehle sich auch hier, die Beratung zurückzustellen, weil der federführende Ausschuss nach seinen Informationen beabsichtige, eine öffentliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen. Es frage sich, ob der Haushalts- und Finanzausschuss dem federführenden Ausschuss vorschlagen solle, an dieser Anhörung beteiligt zu werden.

Rolf Seel (CDU) weist darauf hin, dass sich der Sportausschuss bereits dafür ausgesprochen habe, eine Anhörung durchzuführen. Er empfehle, dass sich auch der HFA daran beteilige und seine Beratung so lange zurückstelle.

Ernst-Martin Walsken (SPD) stimmt dem Verfahren grundsätzlich zu, macht aber darauf aufmerksam, dass die Wettbewerbslage es erfordere, das Gesetz schnellstmöglich zu verabschieden, damit dem Land Nordrhein-Westfalen keine Marktanteile bei den Sportwetten verlorengingen. Der Haushalts- und Finanzausschuss sollte deshalb Wert darauf legen, dass das Verfahren nicht über Gebühr in die Länge gezogen werde.

Finanzminister Heinz Schleußer unterstreicht das zuletzt Gesagte. In anderen Ländern funktioniere das mit den Sportwetten bereits perfekt. Es gebe eine einvernehmliche Position der Sportverbände, dass etwaige Negativentwicklungen durch Steuern kompensiert werden müssten. Das Finanzministerium sei dazu bereit; er habe dies dem Präsidenten des Landes-sportbundes auch mitgeteilt. Nordrhein-Westfalen dürfe nicht durch Anhörungen allzu viel Zeit verlieren, sonst sei die zur Verfügung stehende Summe am Ende womöglich deutlich niedriger.

Johannes Rimmel (GRÜNE) regt an, seitens des HFA den federführenden Ausschuss zu bitten, die Beratung so schnell wie möglich durchzuführen; vielleicht sei es ja möglich, die Anhörung auf wenige Sachverständige zu beschränken und kurzfristig anzuberaumen.

Vorsitzender Volkmar Klein wird dem federführenden Ausschuss mitteilen, dass es der Wunsch des Haushalts- und Finanzausschusses sei - dies unterstützt der Ausschuss einvernehmlich -, sich an der geplanten Anhörung zu beteiligen, und er zugleich Wert darauf lege, dass das schnell geschehe und kein weiterer Zeitverzug mehr eintrete.

8 Gemeinschaftsaufgabe nach Art. 91 a GG;

hier: Anmeldungen zum 29. Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsgesetz

Vorlage 12/2730

Vorsitzender Volkmar Klein teilt mit, diese unmittelbar an die Ausschüsse überwiesene Vorlage habe der mitberatende Ausschuss für Wissenschaft und Forschung bereits einvernehmlich zur Kenntnis genommen. Der HFA als federführender Ausschuss habe heute darüber abschließend zu entscheiden.

Keine Wortmeldungen. (Ergebnis siehe Beschlussteil.)